



Landesamt für Umwelt
Postfach 60 10 61 | 14410 Potsdam

Bruckbauer & Hennen GmbH
Planung - Beratung - Sanierung
Schillerstraße 45
14913 Jüterbog

Bearb.: Frau Andrea Barenz
Gesch.-Z.: LFU-TOEB-
3700/574+6#400207/2021
Hausruf: +49 355 4991-1332
Fax: +49 331 27548-2659
Internet: www.lfu.brandenburg.de
Andrea.Barenz@LfU.Brandenburg.de

Cottbus, 6. Dezember 2021

Bebauungsplan „Erweiterung Schulsiedlung Altes Lager“ der Gemeinde Niederhörnsdorf

Stellungnahme als Träger öffentlicher Belange

Eingereichte Unterlagen:

- Anschreiben vom 11.11.2021
- Begründung mit Umweltbericht, 11/2021
- Planzeichnung, 11/2021

Sehr geehrte Damen und Herren,

die zum o. g. Betreff übergebenen Unterlagen wurden von den Fachabteilungen Naturschutz, Immissionsschutz und Wasserwirtschaft (Prüfung des Belangs Wasserwirtschaft hier bezogen auf die Zuständigkeiten des Wasserwirtschaftsamtes gemäß BbgWG § 126, Abs. 3, Satz 3, Punkte 1-5 u. 8) des Landesamtes für Umwelt (LfU) zur Kenntnis genommen und geprüft. Im Ergebnis dieser Prüfung werden für die weitere Bearbeitung der Planungsunterlagen sowie deren Umsetzung beiliegende Stellungnahmen der Fachabteilungen Immissionsschutz und Wasserwirtschaft übergeben. Die Belange zum Naturschutz obliegen der unteren Naturschutzbehörde des Landkreises TF.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag

Andrea Barenz

Dieses Dokument wurde am 6. Dezember 2021 durch Andrea Barenz schlussgezeichnet und ist ohne Unterschrift gültig.

Besucheranschrift:

Von-Schön-Straße 7

03050 Cottbus

Tel: +49 0355 4991-1035

Fax: +49 0331 27548-3308

Hauptsitz:

Seeburger Chaussee 2
14476 Potsdam
OT Groß Glienicke



Zertifikat seit 2021
audit berufundfamilie

FORMBLATT

Beteiligung der Träger öffentlicher Belange bei der Festlegung des Untersuchungsumfangs für die Umweltprüfung (§ 4 Absatz 1 BauGB)

Stellungnahme des Trägers öffentlicher Belange

Name/Stelle des Trägers öffentlicher Belange	Landesamt für Umwelt - Abteilung Technischer Umweltschutz 1 und 2
Belang	Immissionsschutz
Vorhaben	Bebauungsplan „Erweiterung Schulsiedlung Altes Lager“ der Gemeinde Niedergörsdorf
Ansprechpartner*In:	Frau Blumberg, Tel.: 0355-4991-1339 TOEB@ifU.brandenburg.de

Bitte zutreffendes ankreuzen ☒ und ausfüllen.

Keine Betroffenheit durch die vorgesehene Planung	<input type="checkbox"/>
---	--------------------------

1. Einwendungen

Einwendungen mit rechtlicher Verbindlichkeit aufgrund fachgesetzlicher Regelungen, die ohne Zustimmung, Befreiung o. Ä. der Fachbehörde in der Abwägung nicht überwunden werden können (bitte alle drei Rubriken ausfüllen)

a) Einwendung

--

b) Rechtsgrundlage

--

c) Möglichkeiten der Anpassung an die fachgesetzlichen Anordnungen oder die Überwindung (z. B. Ausnahmen oder Befreiungen)

--

2. Hinweise zur Festlegung des Untersuchungsumfangs des Umweltberichts

a) Insgesamt durchzuführende Untersuchungen:

--

b) Untersuchungsumfang für die aktuell beabsichtigte Planung:

--

3. Hinweise für Überwachungsmaßnahmen

a) Mögliche Überwachungsmaßnahmen zur Feststellung unvorhergesehener nachteiliger Auswirkungen

b) Möglichkeiten zur Nutzung bestehender Überwachungssysteme:

4. Weitergehende Hinweise



Beabsichtigte eigene Planungen und Maßnahmen, die den o. g. Plan berühren können, mit Angabe des Sachstands und des Zeitrahmens



Sonstige fachliche Informationen oder rechtserhebliche Hinweise aus der eigenen Zuständigkeit zu dem o. g. Plan, gegliedert nach Sachkomplexen, jeweils mit Begründung und ggf. Rechtsgrundlage

1. Sachstand

Antragsgegenstand ist der Bebauungsplan „Erweiterung Schulsiedlung Altes Lager“ der Gemeinde Gemeinde Niedergörsdorf. Der B-Plan wird im Regelverfahren mit Umweltprüfung aufgestellt. Ziel der vorgelegten Planung ist die Schaffung von Planungsrecht für die Errichtung von Wohnsiedlungsflächen. Im Geltungsbereich werden zwei Allgemeine Wohngebiete (WA) gem. § 4 Baunutzungsverordnung (BauNVO), Verkehrs- und Grünflächen festgesetzt.

Im Geltungsbereich des vorliegenden B-Planes befinden sich nach aktuellem Kenntnisstand keine nach Bundesimmissionsschutzgesetz (BImSchG) genehmigungsbedürftigen Anlagen. Rund 1,5km westlich/südwestlich befinden sich genehmigungsbedürftige Anlagen (Schießstand, Motorsportanlage). Das Plangebiet liegt im Einwirkungsbereich nicht genehmigungsbedürftige Anlagen (z.B. Tankstelle, Einzelhandel, Paintball-Anlage, Handwerksbetriebe).

Er liegt im Einwirkungsbereich von Verkehrsimmissionen der nordöstlich angrenzenden B102 und der südwestlichen Bahnstrecke Jüterbog-Wannsee.

Der vorliegende Bebauungsplan wurde insbesondere nach den Grundsätzen des § 50 BImSchG i.V.m. § 1 Abs. 5 und Abs. 6 Nr. 1 Baugesetzbuch (BauGB) geprüft. Demnach sollen Flächen unterschiedlicher Nutzung einander so zugeordnet werden, dass schädliche Umwelteinwirkungen (§§ 1 und 3 BImSchG) auf schutzwürdige Nutzungen weitgehend vermieden und neue Konfliktlagen ausgeschlossen werden.

2. Stellungnahme- Verkehrsimmissionen

Maßgeblich für das Plangebiet sind die Immissionen der angrenzenden B102. Den Beurteilungen auf S.10 und S.21 kann nicht gefolgt werden, da die Immissionen der B102 als „unerheblich“ bewertet werden. Die Beurteilung bezieht sich dabei auf pauschale Aussagen im Zusammenhang mit der inneren Baugrenze (Entfernung zur Straßenmitte ~35m). Das WA1 verläuft jedoch straßenbegleitend

zur Bundesstraße. Die nordöstliche/äußere Baugrenze ist rund 10m von der Straßenmitte entfernt.

Gem. Straßenverkehrsprognose¹ ist mit einem durchschnittlichen werktäglichen Verkehr (DTV_w) von 5000 KfZ/d zu rechnen. Die Daten der Straßenverkehrsprognose werden entsprechend den Hinweisen der Senatsverwaltung Berlin² von DTV_w in DTV umgerechnet. Der Schwerverkehrsanteil liegt bei 10%.

Bei einer überschlägigen Abschätzung des prognostizierten Straßenverkehrslärms für 2030 (vereinfachtes Rechenmodell, langer gerader Fahrstreifen) unter der Annahme eines DTV³ von 4.500, einem Abstand zwischen Fahrbahnmitte und Immissionsort von 10 m und einer angenommenen Höchstgeschwindigkeit von 55 km/h ergeben sich Beurteilungspegel von 68 dB(A) am Tag und 61 dB(A) in der Nacht (Angabe gerundet) am nord-östlichen Plangebietsrand. Damit werden die Orientierungswerte (OW) der DIN 18005 Beiblatt 1 für Allgemeine Wohngebiete von 55 dB(A) tags und 45 dB(A) nachts deutlich überschritten.

Hinweis: Die RLS-90 ist nicht mehr gültig. Für eine überschlägige, hausinterne Beurteilung wird das vereinfachte Rechenmodell weiterhin verwendet. Am 31.10.2019 hat das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur die aktualisierten Richtlinien für den Lärmschutz an Straßen – Ausgabe 2019 – RLS-19 im Verkehrsblatt, Heft 20, S. 698 amtlich bekannt gemacht und mit Änderung der 16. BImSchV zum 01.03.2021 vollzogen.

Aufgrund der ermittelten Lärmbelastung, insbesondere am nord-östlichen Rand des geplanten Wohngebietes, besteht im Folgenden ein erhöhtes Abwägungserfordernis. Im Zusammenhang mit den getroffenen Annahmen ist bei einer freien Schallausbreitung davon auszugehen, dass die OW erst ab einem Abstand von ~50m zur Fahrbahnmitte eingehalten werden können.

Es sind planerische Maßnahmen (Textliche Festsetzungen) zum Schutz vor Immissionen und zur Sicherung gesunder Wohn- und Arbeitsverhältnisse zu erarbeiten. Von Seiten des Immissionsschutzes wird die Erstellung eines schalltechnischen Gutachtens empfohlen, um die Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit der gewählten Maßnahmen zu belegen. Der Schutz der Außenwohnbereiche ist nicht zu vernachlässigen.

Nach jetzigem Kenntnistand sind die Immissionen im Geltungsbereich heterogen, d.h. das gegebenenfalls allgemeingültige textliche Festsetzungen für das gesamte Plangebiet nicht notwendig sind. Eventuell sind Festsetzungen für das WA1 oder eine definierte Fläche (Darstellung in der Planzeichnung) ausreichend. Es gilt der Grundsatz der planerischen Zurückhaltung.

Die Immissionen der Bahn werden bislang nicht in die Beurteilung eingestellt und sind zu bewerten.

3. Fazit

Ausgehend von Art und Umfang der geplanten Neuentwicklung von Wohnsiedlungsflächen und dem bereits in der näheren Umgebung existierenden Nutzungsbestand sind Immissionskonflikte, vor allem im straßenbegleitenden WA1, infolge der Vorhabensrealisierung nicht auszuschließen. Die

¹ Straßenverkehrsprognose 2030 (SVP 2030) des Landes Brandenburg, Hrsg.: Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung, Stand April 2020

² Hinweise und Faktoren zur Umrechnung von Verkehrsmengen- Anforderungen an Datengrundlagen aufgrund unterschiedlicher Bezugsgrößen aus Richtlinien und Verordnungen, Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz Berlin, Stand: März 2017

³ Umrechnung des DTV_w gem. Faktor der Senatsverwaltung Berlin

Orientierungswerte der DIN 18005 werden im nordöstlichen Geltungsbereich erheblich überschritten. Der Beurteilung der Immissionen in der Begründung kann nicht gefolgt werden, da einzig auf die innere Baugrenze Bezug genommen wird. Der Umweltbericht ist zu ergänzen und Maßnahmen zur Minderung der Immissionen zu erarbeiten. Nach jetzigem Kenntnisstand wird die Erstellung eines Gutachtens als notwendig erachtet, um auch der unterschiedlichen Verteilung der Immissionen im Plangebiet Rechnung zu tragen. Die Auswirkungen der umliegenden Gewerbe sind ebenfalls zu erläutern und zu berücksichtigen.

Die vorliegende Planung wird grundsätzlich als realisierbar eingeschätzt. Ein positives Votum des LfU kann jedoch erst nach Ergänzung und Überarbeitung der Planungsunterlagen in Aussicht gestellt werden.

Die vorliegende Stellungnahme verliert mit der wesentlichen Änderung der Beurteilungsgrundlagen ihre Gültigkeit. Das Ergebnis der Abwägung durch die Kommune ist entsprechend § 3 Abs. 2 Satz 4 BauGB mitzuteilen.

Redaktioneller Hinweis:

Auf S. 10 wird auf die Richtwerte der TA Lärm verwiesen. Aus dem Kontext ist zu schließen, dass die Orientierungswerte der DIN 18005 gemeint sind. Sie sind im Rahmen der Bauleitplanung maßgeblich.

Dieses Dokument wurde am 1. Dezember 2021 durch Christin Blumberg schlussgezeichnet und ist ohne Unterschrift gültig.

FORMBLATT

Beteiligung der Träger öffentlicher Belange bei der Festlegung des Untersuchungsumfangs für die Umweltprüfung (§ 4 Absatz 1 BauGB)

Stellungnahme des Trägers öffentlicher Belange

Name/Stelle des Trägers öffentlicher Belange	Landesamt für Umwelt - Abteilung Wasserwirtschaft 1 und 2
Belang	Wasserwirtschaft
Vorhaben	Bebauungsplan „Erweiterung Schulsiedlung Altes Lager“ der Gemeinde Niedergörsdorf, Ortsteil Altes Lager, LK TF
Ansprechpartnerin: Referat: Telefon: E-Mail:	Kirsten Genselin W13 033201 442-441 Kirsten.Genselin@LfU.Brandenburg.de

Bitte zutreffendes ankreuzen ☒ und ausfüllen.

Keine Betroffenheit durch die vorgesehene Planung	<input checked="" type="checkbox"/>
---	-------------------------------------

1. Einwendungen

Einwendungen mit rechtlicher Verbindlichkeit aufgrund fachgesetzlicher Regelungen, die ohne Zustimmung, Befreiung o. Ä. der Fachbehörde in der Abwägung nicht überwunden werden können (bitte alle drei Rubriken ausfüllen)

a) Einwendung

b) Rechtsgrundlage

c) Möglichkeiten der Anpassung an die fachgesetzlichen Anordnungen oder die Überwindung (z. B. Ausnahmen oder Befreiungen)

2. Hinweise zur Festlegung des Untersuchungsumfangs des Umweltberichts

a) Insgesamt durchzuführende Untersuchungen:

b) Untersuchungsumfang für die aktuell beabsichtigte Planung:

3. Hinweise für Überwachungsmaßnahmen

a) Mögliche Überwachungsmaßnahmen zur Feststellung unvorhergesehener nachteiliger

Auswirkungen
b) Möglichkeiten zur Nutzung bestehender Überwachungssysteme:

4. Weitergehende Hinweise	
<input type="checkbox"/>	Beabsichtigte eigene Planungen und Maßnahmen, die den o. g. Plan berühren können, mit Angabe des Sachstands und des Zeitrahmens
<input type="checkbox"/>	Sonstige fachliche Informationen oder rechtserhebliche Hinweise aus der eigenen Zuständigkeit zu dem o. g. Plan, gegliedert nach Sachkomplexen, jeweils mit Begründung und ggf. Rechtsgrundlage

<p>Dieses Dokument wurde am 30. November 2021 durch Kirsten Genselin schlussgezeichnet und ist ohne Unterschrift gültig.</p>
--